

## *Auf einer Seite*

### **SOZIALE INFRASTRUKTUR ALS HERZ EUROPÄISCHER KOHÄSIONSPOLITIK SICHERN**

Mit Blick auf die grundlegende Neuausrichtung der europäischen Förderlandschaft, die die EU-Kommission am 16. Juli 2025 vorgeschlagen hat, ruft der Deutsche Caritasverband dazu auf, die **Absicherung einer starken sozialen Infrastruktur** als Standortfaktor und zur Unterstützung wirtschaftlicher Prosperität in den Mittelpunkt der Nationalen und Regionalen Partnerschaftsprogramme zu stellen. In besonderer Weise gilt es darauf zu achten, dass auch angesichts anstehender und notwendiger Reformen, wie die Vereinfachung der Antrags- und Abrechnungsprozesse, die soziale Dimension nicht anderen Zielsetzungen untergeordnet wird.

Nicht nur in strukturschwachen und von Transformationsprozessen betroffenen Regionen, sondern in allen Regionen spielt die europäische Kohäsionspolitik eine entscheidende und mit Blick auf die schwierige Haushaltssituation der Regionen eine immer wichtigere Rolle. Die Unterstützung der Regionen ist daher im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU zwingend mit einem substanziellen Budget auszustatten. Eine Mittel-Kürzung ist nicht zu rechtfertigen.

**Die soziale Infrastruktur ist Grundlage unserer wertegebundenen Lebensweise in Europa.** Eine funktionierende soziale Infrastruktur trägt maßgeblich zur Erreichung folgender Ziele mit europäischem Mehrwert bei:

- Fachkräfte sicherung
- Politische Stabilität, Sicherheit, Frieden
- Resilienz und Krisenvorsorge
- Wettbewerbsfähigkeit
- Sichtbarkeit der europäischen Idee.

Die **Zukunft der EU-Kohäsionspolitik** muss vorausschauend und langfristig ausgestaltet werden. Der Deutsche Caritasverband fordert daher unter anderem:

- Eine bedarfsgerechte Ausstattung der EU-Kohäsionsfonds und eine Mindestquote von 25% zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte;
- Die Beibehaltung der regionalen Steuerung;
- Die Stärkung des Partnerschaftsprinzips in den EU-Fonds;
- Investitionen in soziale Infrastruktur und die Stärkung deren Resilienz;
- Den Abbau der hohen administrativen Komplexität der Antragstellung und Mittelverwaltung;
- Die Anhebung der EU-Kofinanzierungssätze;
- Keine ausschließlich resultatbasierte Förderung.